Rukwied: Hohes Interesse an Innovation zeigt Veränderungsbereitschaft der Landwirte

Rukwied: Hohes Interesse an Innovation zeigt Veränderungsbereitschaft der Landwirte

Digitale Integration birgt Chance zur Vereinfachung und Entbürokratisierung
"Selbst in der aktuell schwierigen wirtschaftlichen Situation haben die Landwirte enormen Informationsbedarf zu Verbesserungen der Produktionsverfahren und zur Weiterentwicklung ihrer Unternehmen." Dies betonte der Präsident des Deutschen Bauernverbandes (DBV), Joachim Rukwied, in einem Pressegespräch auf der Agritechnica 2015 in Hannover. "Das zeigt, wie groß die Veränderungsbereitschaft in der Landwirtschaft ist", so der Bauernpräsident.
"Die digitale Integration bringt den Landwirten nicht nur Effizienzsteigerungen und weitere Verbesserungen im Umweltschutz und beim Tierwohl. Sie bietet auch die Chance, Bürokratie abzubauen und zu vereinfachen", unterstrich Rukwied. Zudem würden die Produktionsprozesse auch für Verbraucher und Gesellschaft transparenter, so dass mancher pauschalen Landwirtschaftskritik der Boden entzogen werden könne. "Die Landwirte sichern mit der digitalen Integration - und den damit verbundenen Effizienzfortschritten - nachhaltig ihre Wettbewerbsfähigkeit. Entscheidend für die Akzeptanz der neuen Technik wird aber die Datenhoheit sein. Diese muss bei unseren Landwirten bleiben. "
Am Beispiel des Greening zeigte Rukwied die Bereitschaft der Landwirte auf, den Ackerbau nachhaltig und umweltgerecht weiterzuentwickeln. So baut mehr als jeder zweite Landwirt in 2015 Zwischenfrüchte als Ökologische Vorrangflächen an, wie eine Umfrage des DBV darlegt. Dies wertet Rukwied auch als eine Bestätigung der Forderung, das Greening produktionsintegriert zu gestalten. Die Landwirtschaft hätte dies jedoch noch besser angenommen, wenn das Greening unkomplizierter und unbürokratischer gestaltet worden wäre.
Harte Kritik übte Rukwied aber an fehlender Fachlichkeit mancher politischer Diskussion. So seien einige Vorgaben und Verschärfungen im derzeitigen Entwurf der Dünge-Verordnung fachlich nicht zu rechtfertigen. "Dazu gehört die Abgrenzung der so genannten Belastungsgebiete. Diese hat zur Folge, dass auch solche Regionen und Messstellen, bei denen keine Probleme vorliegen, als belastet eingestuft werden. Dies ist nicht akzeptabel, genauso wie eine drastische Verkürzung der Einarbeitungsfristen für Wirtschaftsdünger", kritisierte Rukwied. Nach wie vor sei auch das Versprechen der Länder zu einem Bestandsschutz für JGS-Anlagen bei der Anlagenverordnung nicht eingelöst.

Deutscher Bauernverband e.V. (DBV)
Claire-Waldorff-Straße 7
10117 Berlin
Deutschland
Telefon: 030/31904-407
Telefax: 030/ 31904-431
Mail: presse@bauernverband.net
URL: http://www.bauernverband.de
<img src="http://www.pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n_pinr_=597794" width="1" height="1">

Pressekontakt

Deutscher Bauernverband e.V. (DBV)

10117 Berlin

bauernverband.de
presse@bauernverband.net

Firmenkontakt

Deutscher Bauernverband e.V. (DBV)

10117 Berlin

bauernverband.de
presse@bauernverband.net

Der Deutsche Bauernverband ist der landwirtschaftliche Spitzenverband in Deutschland. Seine Mitglieder sind die Landesbauernverbände und führende Organisationen der Land- und Forstwirtschaft sowie ihr nahe stehende Wirtschaftszweige. Über die 18 Landesbauernverbände und ihre Kreisverbände ist der Deutsche Bauernverband im gesamten Bundesgebiet für alle Mitglieder vor Ort mit Beratungs- und Geschäftstellen präsent. Der Organisationsgrad der Bauern in ihrer Interessenvertretung ist sehr hoch: über 90 Prozent aller rund 400.000 landwirtschaftlichen Betriebe sind auf freiwilliger Basis Mitglied im Deutschen Bauernverband. Deshalb kann der Deutsche Bauernverband für sich in Anspruch nehmen, die Stimme aller landwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland zu sein, gleich welcher Produktionsrichtung und Rechtsform. Der Deutsche Bauernverband versteht sich als Unternehmerverband, der die Anliegen seiner Mitglieder gegenüber der Politik vertritt und sie bei der Führung ihrer Unternehmen unterstützt. Über seine Büros in Bonn, Berlin und Brüssel ist er Ansprechpartner für politische Parteien, Verbände und Organisationen des öffentlichen Lebens auf nationaler und europäischer Ebene.